



Der Direktor des Landschaftsverbandes
Rheinland

Vorlage-Nr. 12/2162

öffentlich

Datum: 20.02.2007
Dienststelle: LR 7
Bearbeitung: Frau Lincoln-Codjoe

Sozialausschuss	06.03.2007	Beratung
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	zur Kenntnis
Landschaftsausschuss	23.03.2007	zur Kenntnis
Gesundheitsausschuss	27.04.2007	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt:

**"Entwicklung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe - Auswertung einer Erhebung der überörtlichen Träger der Sozialhilfe";
hier: Papier der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS)**

Kenntnisnahme:

Die Auswertung der Erhebung der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS) zur Fallzahlentwicklung in der Eingliederungshilfe wird gemäß Vorlage Nr. 12/2162 zur Kenntnis genommen.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten der Maßnahme:		keine
Erträge der Maßnahme:		keine
Im Haushaltsplan veranschlagt:	Nein	
Im Wirtschaftsplan veranschlagt:	Nein	
Mittel stehen zur Verfügung:	Nein	
Jährliche Folgekosten:		keine

In Vertretung

H o f f m a n n - B a d a c h e

Begründung der Vorlage 12/2162:

Entwicklung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe (internes Rundschreiben Nr. 67/2006 der BAGüS vom 1.12.2006)

I. Vorbemerkung

Bereits im Jahr 2002 wurde von der BAGüS eine umfassende Erhebung über die Entwicklung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe durchgeführt, deren Ergebnisse in der Mitglieder-Info Nr. 13/2003 vom 1.4.2003 veröffentlicht wurden. Diese Ergebnisse waren Grundlage für intensive Beratungen in der Arbeitsgruppe des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Die Stellungnahme „Entwicklung der Sozialhilfeausgaben für Hilfen für Menschen mit Behinderungen – Der Bundesgesetzgeber muss tätig werden“ – (DV 05/2003 AF IV) waren das Ergebnis dieser Beratungen. Anlässlich eines Informationsaustauschs beim ehemaligen Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Herrn Karl Hermann Haack, im Jahre 2005 kamen die Gesprächspartner überein, die seinerzeitige Erhebung zu aktualisieren und den veränderten Gegebenheiten anzupassen. Dies war Grund für die neue Umfrage der BAGüS bei ihren Mitgliedern Anfang des Jahres 2006. Die Ergebnisse dieser Umfrage liegen nunmehr vor (internes Rundschreiben 67/2006 der BAGüS vom 1.12.2006).

In diesem Rundschreiben stellt die BAGüS die Entwicklung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe der Bundesrepublik Deutschland über einen Zeitraum von 10 Jahren (2000 – 2010) dar. Diese Ergebnisse stellen aus Sicht der BAGüS eine geeignete Diskussionsgrundlage über die Zukunft der Eingliederungshilfe und die damit zusammenhängende Finanzierungsproblematik dar, die hier jedoch nicht näher beleuchtet wird.

II. Abfragekennzahlen

Bei den Mitgliedern wurden für die Jahre 2000 bis 2005 Ist-Daten, für die Jahre 2006 bis 2010 Prognose-Daten zu nachfolgenden vier Leistungskomplexen der Eingliederungshilfe erhoben:

- a. **erwachsene Leistungsempfänger in stationären Wohneinrichtungen für behinderte Menschen (alle Behinderungsarten)**
- b. **erwachsene Leistungsempfänger im ambulant betreuten Wohnen (alle Behinderungsarten)**
- c. **Leistungsempfänger in Werkstätten für behinderte Menschen**
- d. **Leistungsempfänger in Tagesförderstätten/Tagesstätten.**

III. zusammenfassende Schlussfolgerung

Nachfolgend wird hier der Abschnitt **IV. Zusammenfassende Schlussfolgerungen** der Auswertung zitiert:

- Im **stationären Wohnen** ist es in einem ersten Schritt gelungen, die Fallzahlsteigerungen der Jahre 2000 bis 2004 auf eine nur noch **geringe Steigerungsrate zu begrenzen**.
- In der Einzelbetrachtung ergibt sich, dass eine Reihe von überörtlichen Trägern der Sozialhilfe durch verschiedene Steuerungsmaßnahmen – auch durch die einheitliche Zuständigkeit – die Fallzahlsteigerungen im stationären Wohnen abbremsen konnten und zum Teil von einer gleichbleibenden Anzahl der Leistungsempfänger ausgehen.

- Die Umsteuerung wäre bei bundesweiter Betrachtung noch effizienter gewesen, wenn in allen Ländern/bei allen Trägern der Sozialhilfe ausreichende Instrumente vorhanden gewesen oder vorhandene intensiver genutzt worden wären, umzusteuern. Das größte Hemmnis hierbei ist die bei diesen Mitgliedern nach wie vor vorliegende Aufteilung der Zuständigkeit.
- Einhergehend mit einem abflachenden Anstieg der Leistungsempfängerzahlen im stationären Wohnen sind die **Fallzahlen im ambulant betreuten Wohnen überproportional gestiegen**. Hier besteht auch zukünftig ausreichendes Ausbaupotenzial. Die Zahlen weisen darauf hin, dass aufgrund der nach wie vor zunehmenden Zahl behinderter Menschen eine Umsteuerung von stationären Wohnformen zu ambulanten Wohnformen stattgefunden hat und der zusätzliche Wohnraumbedarf in diesem Bereich abgedeckt werden könnte.
- Die Umsteuerung hin zu ambulanten Angeboten hat und wird, wie sich aus ersten Berechnungen verschiedener überörtlicher Träger bereits ergibt, auch zur Verringerung des Aufwandes je Einzelfall beitragen. Der Umfang wird erst deutlich, wenn ausreichendes Zahlenmaterial für einen Kostenvergleich ambulanter und stationärer Leistungen vorliegt. Schon jetzt wird aber deutlich, dass die Ambulantisierung ein Instrument ist, um die finanziellen Herausforderung der Zukunft auch nur einigermaßen bewältigen zu können. Weitere Instrumentarien und Maßnahmen – wie der Abbau von vollstationären Plätzen – erscheint (zwingend) notwendig.
- Durch die **Betrachtung** der Entwicklung der **Gesamtfallzahlen** für das **ambulant und stationär betreute Wohnen** wird deutlich, dass die Sozialhilfeträger durch eine gezielte Steuerung eine Umsteuerung von stationären zu ambulanten Hilfen bewirken können. Die Entwicklung der Gesamtfallzahlen ist aber unter den gegebenen Bedingungen nicht beeinflussbar. Dies würde erst durch gesetzgeberische Aktivitäten möglich, wenn der Gesetzgeber die Zugangsvoraussetzungen (Definition der wesentlichen Behinderung) verändern würde.
- **Dynamisch** sind nach wie vor die **Zugangszahlen** zu den teilstationären Angeboten zur Teilhabe am Arbeitsleben, nämlich den **Werkstätten und Tagesstätten/-Tagesförderstätten**. Hier wird deutlich, dass den überörtlichen Trägern der Sozialhilfe keine ausreichenden Steuerungsinstrumente zur Zugangssteuerung zur Verfügung stehen. Besonders **auffällig** sind die **hohen Zugangszahlen** im Bereich der **Tagesstätten/Tagesförderstätten**. Ob dies mit der zunehmenden Anzahl schwerstbehinderter Menschen, die die Werkstattkriterien nicht erfüllen, zusammenhängt oder aber Folge eines Abstiegsprozesses schwerbehinderter Menschen zum Übergang in den Förderbereich (Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung) ist, müsste gesondert untersucht werden.
- Die Entwicklung der **Zugangszahlen zur Werkstatt** zeigt eindeutig den **Handlungsbedarf**, soll dieser Bereich auf Dauer insgesamt finanzierbar bleiben. Insbesondere ist jetzt vorrangig zu prüfen, ob die Zahl der Leistungsempfänger der Werkstätten deshalb zunehmen, weil dieser Personenkreis aus dem ersten Arbeitsmarkt herausgedrängt wird, geeignete vorrangige Leistungen der beruflichen Rehabilitation nicht oder nicht mehr angeboten werden oder der Personenkreis der psychisch behinderten Menschen überproportional angestiegen ist. Erkenntnisse hierzu werden von der verabredeten bundesweiten Untersuchung im Auftrag des BMAS erwartet.

In Vertretung

H o f f m a n n - B a d a c h e

Münster, 01.12.2006

Entwicklung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe

Auswertung einer Erhebung der überörtlichen Träger der Sozialhilfe¹

I.

Vorbemerkung

Die BAGüS hatte bereits im Jahre 2002 eine umfassende Erhebung über die Entwicklung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe durchgeführt. Das Ergebnis wurde mittels Mitglieder-Info Nr. 13/2003 vom 01.04.2003 veröffentlicht.

Die Ergebnisse dieser Umfrage waren Grundlage für intensive Beratungen in der Arbeitsgruppe des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge; als Ergebnis wurde die Stellungnahme „Entwicklung der Sozialhilfeausgaben für Hilfen für Menschen mit Behinderungen – Der Bundesgesetzgeber muss tätig werden“ – (DV 05/2003 AF IV) verabschiedet.

Anlässlich eines Informationsaustausches beim ehemaligen Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Herrn Karl Hermann Haack, im Jahre 2005 kamen die Gesprächspartner überein, die seinerzeitige Erhebung zu aktualisieren und den veränderten Gegebenheiten anzupassen.

Die BAGüS hat daraufhin Anfang des Jahres 2006 unter ihren Mitgliedern eine neue Umfrage durchgeführt, deren Ergebnisse nunmehr vorliegen. Sie stellen aus unserer Sicht eine geeignete Grundlage für die weitere Diskussion über die Zukunft der Eingliederungshilfe und die damit zusammenhängende Finanzierungsproblematik dar, die hier jedoch nicht näher beleuchtet wird.

II.

Auswertungsverfahren

1. Abfragekennzahlen

Die BAGüS hat vier Leistungskomplexe der Eingliederungshilfe abgefragt, nämlich

- a. erwachsene Leistungsempfänger in stationären Wohneinrichtungen für behinderte Menschen (alle Behinderungsarten),

¹ Verabschiedet in der Mitgliederversammlung der BAGüS am 28./29.11.2006

- b. erwachsene Leistungsempfänger im ambulant betreuten Wohnen (alle Behindertungsarten),
- c. Leistungsempfänger in Werkstätten für behinderte Menschen
- d. Leistungsempfänger in Tagesförderstätten/Tagesstätten.

Abgefragt wurden:

- die Ist-Zahlen der Jahre 2000 bis 2005,
- die im Jahre 2002 erhobenen Sollzahlen für einen Vergleich mit den Ist-Zahlen,
- die Prognosezahlen 2006 bis 2010, wodurch die Prognosen alt und neu des Jahres 2006 verglichen werden können.

2. Teilnehmerkreis

Von den 23 überörtlichen Trägern der Sozialhilfe² konnte nur ein Mitglied keine Angaben und ein weiteres nur sehr geringe Angaben liefern.

Für die Erhebung zu a. (stationäre Wohnrichtungen) liegen Angaben von 21 Mitgliedern vor. Lediglich die Zahl der Angaben der Prognosen der Jahre 2009 und 2010 liegt um 2 niedriger.

Für die Angaben zu b. (ambulant betreutes Wohnen) liegt die Zahl der Angaben zwischen 16 und 19, bedingt durch fehlende oder nur teilweise bestehende Zuständigkeit der überörtlichen Träger der Sozialhilfe.

Die Meldungen zu c. (Werkstätten) bewegen sich zwischen 20 und 22 Mitgliedern und lassen deshalb eine weitgehend genaue Auswertung zu.

Die Meldungen zu d. (Tagesförderstätten/Tagesstätten) liegen zwischen 14 und 18 Meldungen, wobei zu berücksichtigen ist, dass in Nordrhein-Westfalen ein solches spezielles Angebot unterhalb der Werkstatt für behinderte Menschen nicht existiert. Deshalb ist auch dieser Komplex relativ genau auszuwerten.

3. Systematik der Auswertung

Ziel der Umfrage ist es, bei den Ist-Zahlen als auch bei den Prognosen zu möglichst bundesweiten Zahlen zu gelangen. Wie auch in der Erhebung des Jahres 2002 werden dazu die Gesamtzahlen für die Bundesrepublik Deutschland dadurch ermittelt, dass die gemeldeten Zahlen der Leistungsempfänger im Verhältnis zur Bewohnerzahl² hochgerechnet werden (Prozentanteil der Einwohnerzahl fehlender Mitglieder-meldungen zur Gesamtzahl aller Einwohner der jeweiligen Bezugsjahre).

Für die Jahre 2006 bis 2010 wird auf die letzte aktuelle Einwohnerübersicht des Jahres 2005 zurückgegriffen.

² Die Zahlen des ehemaligen Landesozialamtes Baden der Jahre 2000 bis 2004 wurden mit den Zahlen des ehemaligen Landesozialamtes Württemberg-Hohenzollern, jetzt KJSV Baden-Württemberg, zusammengezählt.

³ Zusammenstellung aus den Ergebnissen der Stat. Landesämter zum 30.6. eines jeden Jahres.

Sofern einzelne Mitglieder im Jahre 2005 nur eine Ist-Zahl oder eine Prognosezahl gemeldet haben, wurde die Ist- und Prognosezahl gleichgestellt, diese Mitglieder aber bei den besonderen Auswertungen (Nr. III.1.2 und 2.2) unberücksichtigt gelassen.

Das Gleiche gilt für das Jahr 2006 zwischen der Prognose alt und der neuen Prognose (Nr. III.1.3 und 2.3).

Die Hochrechnungen sind auf volle 100; die Prozentzahlen auf eine Stelle nach dem Komma gerundet.

III. Auswertung der einzelnen Erhebungen

1. Erwachsene Leistungsempfänger in stationären Wohneinrichtungen

1.1 Die Ist-Zahlen der Jahre 2000 bis 2005

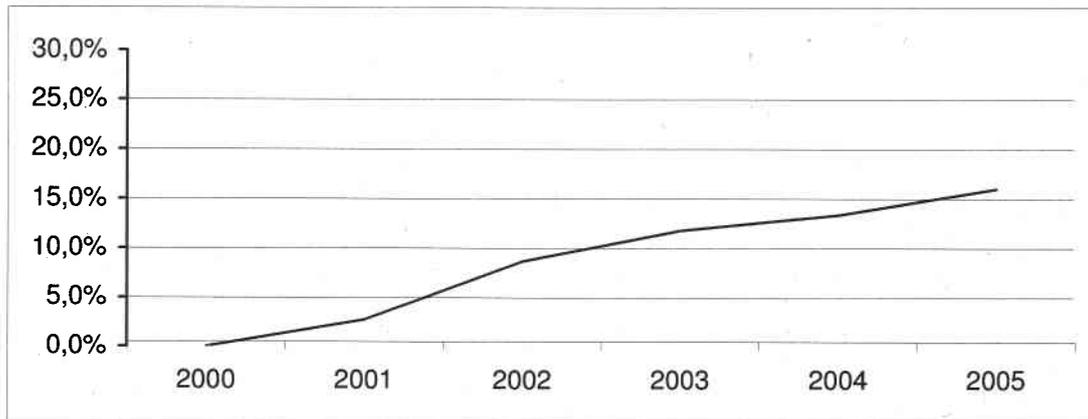
Die nachfolgende Aufstellung zeigt die Entwicklung der Ist-Zahlen zu den Jahren 2000 bis 2005.

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Anzahl Meldungen	20	21	21	21	21	22
Ist-Zahlen	144.906	153.970	162.901	167.523	169.861	183.501
Hochrechnung Deutschland	164.700	169.200	179.000	184.100	186.700	191.100
Steigerung zum Vorjahr		2,7 %	5,8 %	2,8 %	1,4 %	2,4 %

Tabelle 1

Dies ergibt über den Gesamtzeitraum von fünf Jahren eine Steigerung bei den Ist-Zahlen um rd. 16 %.

Der Verlauf ist in der nachfolgenden Grafik anschaulich dargestellt:



Grafik 1

1.2 Vergleich der Ist-Zahlen mit den Prognosen der Mitglieder

Für die Jahre 2002 bis 2005 wurden sowohl die Ist-Zahlen als auch die im Jahre 2002 erhobenen Prognosezahlen 2002 bis 2005 abgefragt.

Da von den 21 Meldungen 6 Mitglieder nur die Ist-Zahlen und 2 Mitglieder nur die Prognosezahlen eingetragen haben, würde eine Hochrechnung auf Bundeszahlen zu falschen Aussagen führen.

Deshalb erfolgt für die Jahre 2002 bis 2005 ein Vergleich der Ist-Zahlen zu den Prognosen nur der 15 Mitglieder, die beide Zahlen geliefert haben.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Unterschiede zwischen den Ist-Zahlen und den damaligen Prognosen sowie die Differenzen auf.

	2002	2003	2004	2005
Ist-Zahl	116.423	118.676	120.064	121.825
Prognose	113.738	117.535	120.366	122.578
Differenz	2.685	1.141	- 302	- 753
Differenz in %	+ 2,4 %	+ 1,0 %	- 0,3 %	- 0,6 %

Tabelle 2

Die Übersicht zeigt, dass die im Jahre 2002 abgegebenen Prognosen prozentual in ihrer Gesamtheit nur unwesentlich von den Ist-Zahlen abweichen.

Dabei ist auffällig, dass die Prognosen zunächst niedriger, ab dem Jahre 2004 aber höher waren als die Ist-Zahlen. Diese Entwicklung zeigt sich bei einer Einzelbetrachtung der Zahlen der Mitglieder differenzierter.

Von den Mitgliedern, die nach wie vor nicht für die Gesamtsteuerung der Fallzahlen (also einschließlich des ambulanten Wohnens) zuständig sind, lag die Mehrzahl mit ihren Prognosen teils erheblich unter der Entwicklung der Ist-Zahlen, während diejenigen Mitglieder, die für den gesamten Leistungskomplex zuständig sind oder erst in der Vergleichsperiode zuständig wurden (z. B. NRW) und deshalb auch Steuerungsmöglichkeiten haben, die Prognosen kontinuierlich - teils deutlich - unterschritten.

1.3 Prognosevergleich 2006

Da für das Jahr 2006 liegen noch keine Ist-Zahlen vorliegen, wurde eine aktuelle Prognose des Jahres für einen Vergleich mit der Prognose aus dem Jahr 2002 abgefragt.

Hierzu liegen von 13 Mitgliedern Angaben vor. Diese Mitglieder prognostizierten für das Jahr 2006

nach der alten Prognose:	119.500 Leistungsempfänger
nach der aktuellen Prognose:	115.700 Leistungsempfänger
Differenz:	- 3.800 Leistungsempfänger
Differenz in %	- 3,3 %

Die von den Mitgliedern durchgeführte Korrektur der Prognose nach unten ist offensichtlich auch die Folge der Bemühungen um Ambulantisierung. Insbesondere diejenigen Mitglieder, die über Steuerungsmöglichkeiten verfügen, haben ihre Zahlen teils deutlich nach unten korrigiert, während diejenigen Mitglieder, die nach wie vor über keine geeigneten oder ausreichende Steuerungsmöglichkeiten verfügen, ihre Prognosen nach oben korrigiert haben. Einige Mitglieder mit entsprechenden Steuerungsinstrumenten haben ihre Prognosen sogar weit mehr als im Durchschnitt nach unten korrigiert (z. B. Köln um fast 10 %, Leipzig sogar um über 22 %).

1.4 Prognosen 2006 bis 2010

Die Prognosen der Jahre 2006 bis 2010 zeigen folgendes Ergebnis:

	2006	2007	2008	2009	2010
Anzahl Meldungen	21	21	21	19	19
Prognosen	174.400	177.100	178.800	165.900	167.800
Hochrechnung Deutschland	191.600	194.600	196.500	197.500	199.800
Steigerung zum Vorjahr		1,6 %	1 %	0,5 %	1,2 %

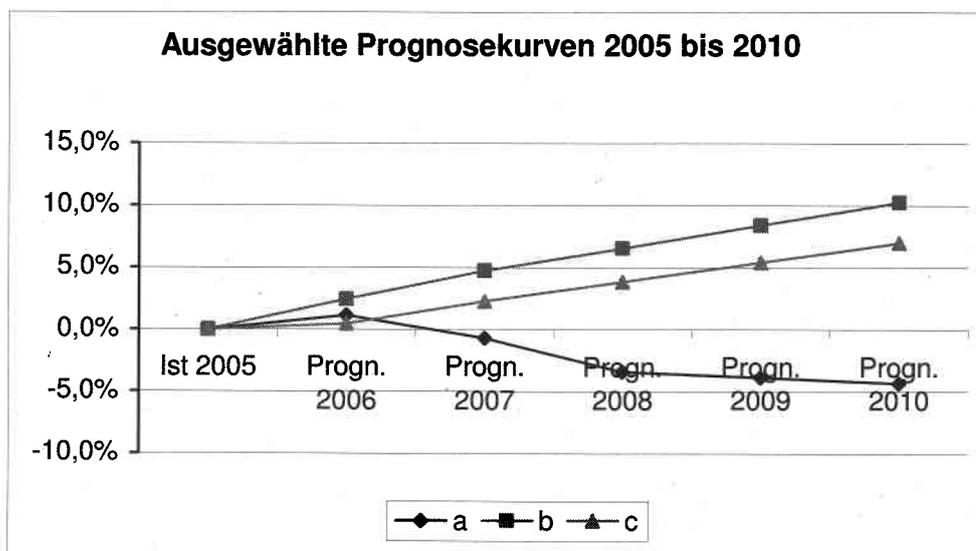
Tabelle 3

Die Zahlenreihe weist über die 4 Prognosejahre lediglich eine Steigerung um 4,3 % aus.

Die Prognosen der einzelnen Mitglieder lassen sich in drei Kategorien einordnen:

- Mitglieder, die aufgrund von eigenen Steuerungsinstrumenten von einem Platzabbau in Wohnheimen ausgehen und deshalb eine gleichbleibende oder gar niedrigere Fallzahlentwicklung prognostizieren,
- Mitglieder, die die – teils nur eingeschränkten - Steuerungsmöglichkeiten nutzen wollen und deshalb von einer weitgehenden gleichbleibenden Leistungsempfängerzahl ausgehen, indem z.B. keine neuen Wohnheimplätze geschaffen werden sollen.
- Mitglieder, die weiterhin von erheblichen Steigerungsraten ausgehen, wobei in der Regel diesen die Steuerung der Einzelfallhilfe bzw. die Gesamtzuständigkeit nicht obliegt oder unterschiedliche Finanzierungssysteme bestehen.

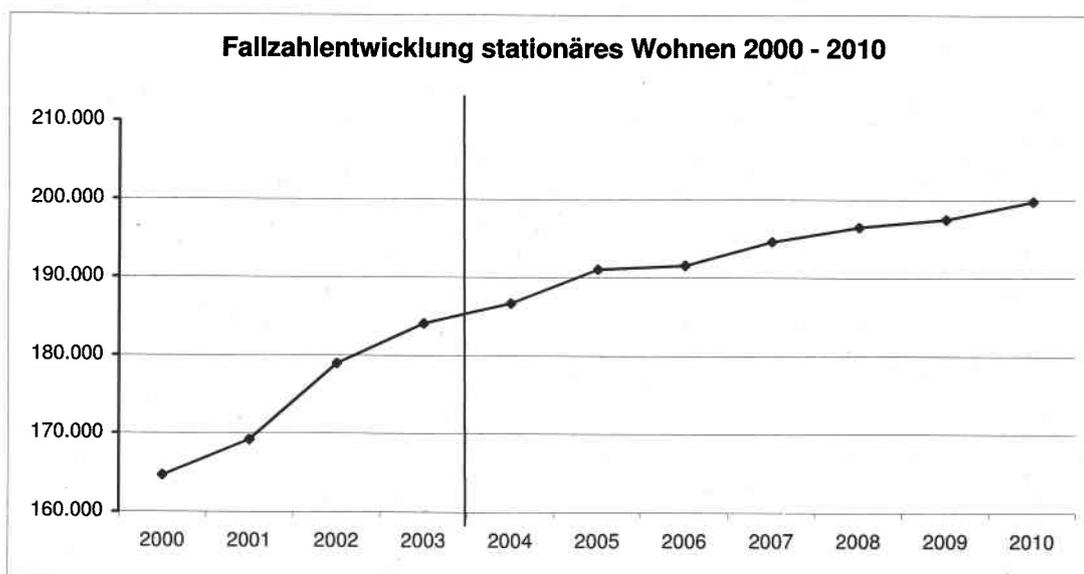
Die nachfolgende Grafik zeigt exemplarisch die Prognosekurve eines Mitgliedes der jeweiligen Gruppen, ausgehend von der Ist-Zahl des Jahres 2005 bis zur Prognosezahl des Jahres 2010..



Grafik 2

1.5 Gesamtbetrachtung 2000 bis 2010

Über den gesamten Zeitraum (2000 - 2010) werden die Fallzahlen in 10 Jahren um 21,3% steigen, wobei das nachfolgende Diagramm anschaulich darstellt, dass diese Steigerungsrate in der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraums mit 16 % deutlich höher war, als es in den folgenden Jahren sein wird.



Grafik 3

Ein Abgleich mit den Ergebnissen des Kennzahlenvergleichs der überörtlichen Träger der Sozialhilfe 2003/2004 erscheint nicht möglich, weil dort nicht alle Mitglieder beteiligt waren und eine Hochrechnung der Zahlen nicht erfolgte. Auch enthält der Bericht keine Prognose des künftigen Bedarfs.

2. Erwachsene Leistungsempfänger im ambulant betreuten Wohnen

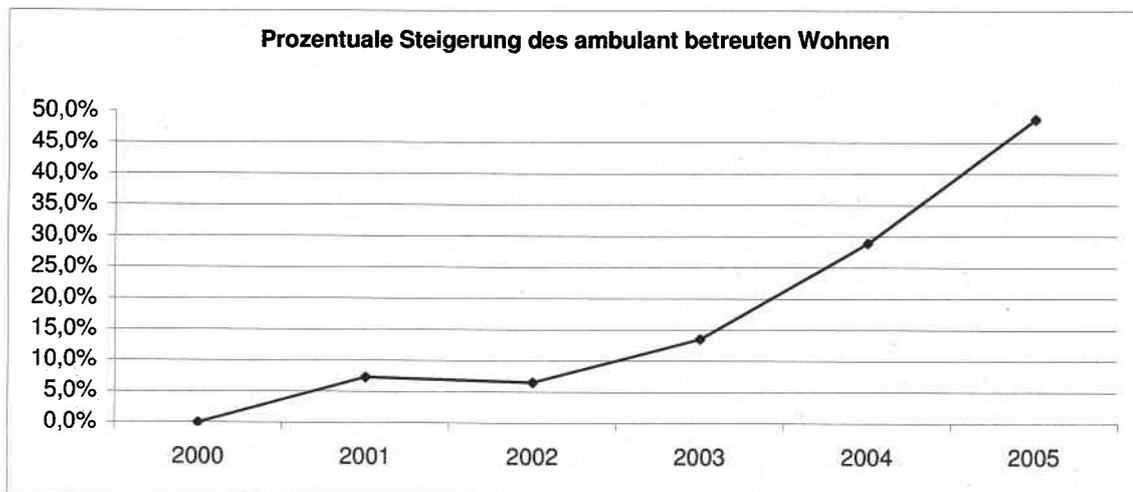
2.1 Ist-Zahlen der Jahre 2000 bis 2005

Die Fallzahlentwicklung der Ist-Zahlen der Jahre 2000 bis 2005 ist der nachstehenden Tabelle zu entnehmen.

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Anzahl Meldungen	18	18	18	18	18	19
Ist-Zahlen	30.513	32.681	30.342 ⁴	32.337	36.759	49.428
Hochrechnung Deutschland	38.400	41.200	40.900	43.600	49.500	57.100
Steigerung zum Vorjahr		7,3 %	-0,7 %	6,6 %	13,5 %	15,4 %

Tabelle 4

Die Tabelle weist eine Steigerung in fünf Jahren von 48,7 % aus mit einem deutlichen Anstieg, wie die folgende Grafik veranschaulicht.



Grafik 4

2.2 Vergleich der Ist-Zahlen mit den Prognosen der Mitglieder

Für die Jahre 2002 bis 2005 ergibt ein Vergleich zwischen Ist-Zahlen und den Prognosezahlen folgendes Bild:

⁴ Der Abfall der Ist-Zahlen von 2001 zu 2002 ist damit begründet, dass ein Mitglied mit einer kleinen Leistungsempfängerzahl erst ab 2002 Zahlen liefern konnte, dafür aber ein Träger, der im Jahr 2000 und 2001 hohe Zahlen gemeldet hat, ab 2002 keine Zahlen mehr liefern konnte. Deshalb sind nur die hochgerechneten Zahlen auswertbar, die jedoch über den Bevölkerungsschlüssel nicht gänzlich ausgeglichen werden, da das Mitglied mit der größeren Einwohnerzahl prozentual eine wesentlich höhere Fallzahl im Verhältnis zur Einwohnerzahl auswies, als das Mitglied mit der geringeren Einwohnerzahl.

	2002	2003	2004	2005
Ist-Zahl	19.562	20.644	24.049	26.273
Prognose	19.978	21.142	22.473	24.622
Differenz	- 416	- 498	1.576	1.651
Differenz in %	- 2,1 %	- 2,4 %	7,0 %	6,3 %

Tabelle 5

Die Übersicht weist aus, dass die Ist-Zahlen zunächst hinter den Prognosen zurückblieben, ab 2004 aber ein deutlich umgekehrter Trend festzustellen ist.

Auch hier zeigt die Einzelbetrachtung bei den Mitgliedern eine unterschiedliche Entwicklung. So lagen bei fast allen bayerischen Bezirken die Ist-Zahlen – teils deutlich – hinter den Prognosen zurück; offensichtlich auch eine Ursache der Erwartung, dass das Land Bayern im AG-SGB XII den Bezirken die Zuständigkeit für die ambulante Betreuung auch körperlich und geistig behinderter Menschen überträgt, was jedoch bisher nicht geschehen ist.

Hingegen liegen z. B. bei den überörtlichen Trägern der Sozialhilfe in Nordrhein-Westfalen die Ist-Zahlen ab dem Jahr 2004 deutlich über den Prognosen, nachdem Mitte 2005 die Bündelung der Zuständigkeit erfolgte.

Der Vergleich der Prognose mit den Ist-Zahlen korrespondiert im Übrigen mit der Entwicklung der Leistungsempfänger in stationären Wohneinrichtungen.

Dort, wo die Ist-Zahlen abfielen und die Prognosen nach unten korrigiert werden konnten, ist ein deutlicher Anstieg der Ist-Zahlen im ambulant betreuten Wohnen feststellbar, während bei denjenigen Mitgliedern, deren Ist-Zahlen in Wohneinrichtungen deutlich über den Prognosen lag, die im ambulant betreuten Wohnen erwarteten Ziele nicht erreicht wurden.

2.3 Prognosevergleich 2006

Für einen Vergleich der Prognosen aus den Jahren 2002 und 2006 für das Jahr 2006 liegen von 11 Mitgliedern vollständige Angaben vor. Von diesen wurde die Prognose des Jahres 2002 von 24.200 Leistungsempfängern auf 25.900 korrigiert.

Eine Bewertung dieser Zahl ist nicht valide, weil eine Reihe von Mitgliedern aufgrund ihrer Größe nur wenige Fallzahlen aufweisen, jedoch ein großer Träger seine Prognose deutlich erhöht hat, sodass die Steigerung der Gesamtzahl der Prognose nicht ausreichend aussagefähig ist.

2.4 Prognosen 2006 bis 2010

Die Prognosen der Jahre 2006 bis 2010 zeigen eine weiterhin ansteigende Entwicklung, wie die vorherigen Jahre.

Es ergibt sich folgendes Ergebnis:

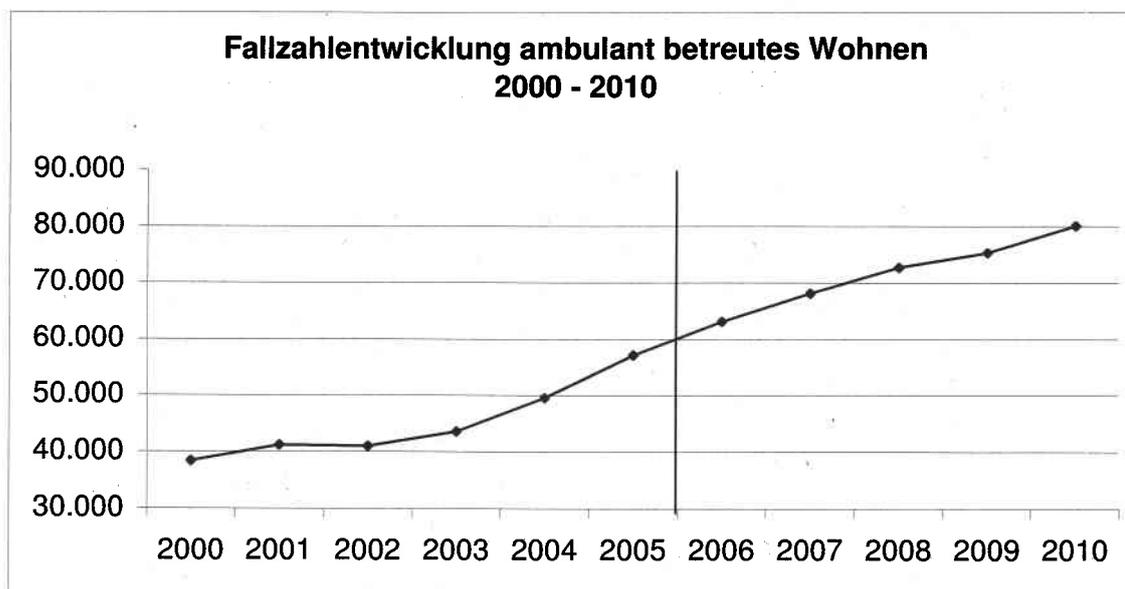
	2006	2007	2008	2009	2010
Zahl der Meldungen	18	18	18	16	16
Prognosen der Mitglieder	51.500	55.600	59.300	56.000	59.600
Hochrechnung Deutschland	63.100	68.100	72.700	75.300	80.100
Steigerung zum Vorjahr		7,9 %	6,6 %	3,6 %	6,4 %

Tabelle 6

Die Prognose zeigt, dass die überörtlichen Träger von kontinuierlichen und deutlich höheren Steigerungen der Fallzahlen des ambulant betreuten Wohnens ausgehen - und zwar um insgesamt 26,9 % - als im stationären Wohnen, wenn auch mit zunehmend abflachender Kurve.

2.5 Gesamtbetrachtung 2000 bis 2010

In der Gesamtbetrachtung von 2000 bis 2010 ergibt sich mehr als eine Verdoppelung der hochgerechneten Zahlen, genau um 108,6 % in 10 Jahren (s. Grafik).



Grafik 5

Ein Abgleich mit den Ergebnissen des Kennzahlenvergleichs der überörtlichen Träger der Sozialhilfe 2003/2004 erscheint ebenfalls nicht möglich, weil auch dort nicht alle Mitglieder beteiligt waren und eine Hochrechnung der Zahlen nicht erfolgte. Auch enthält der Bericht keine Prognose des künftigen Bedarfs.

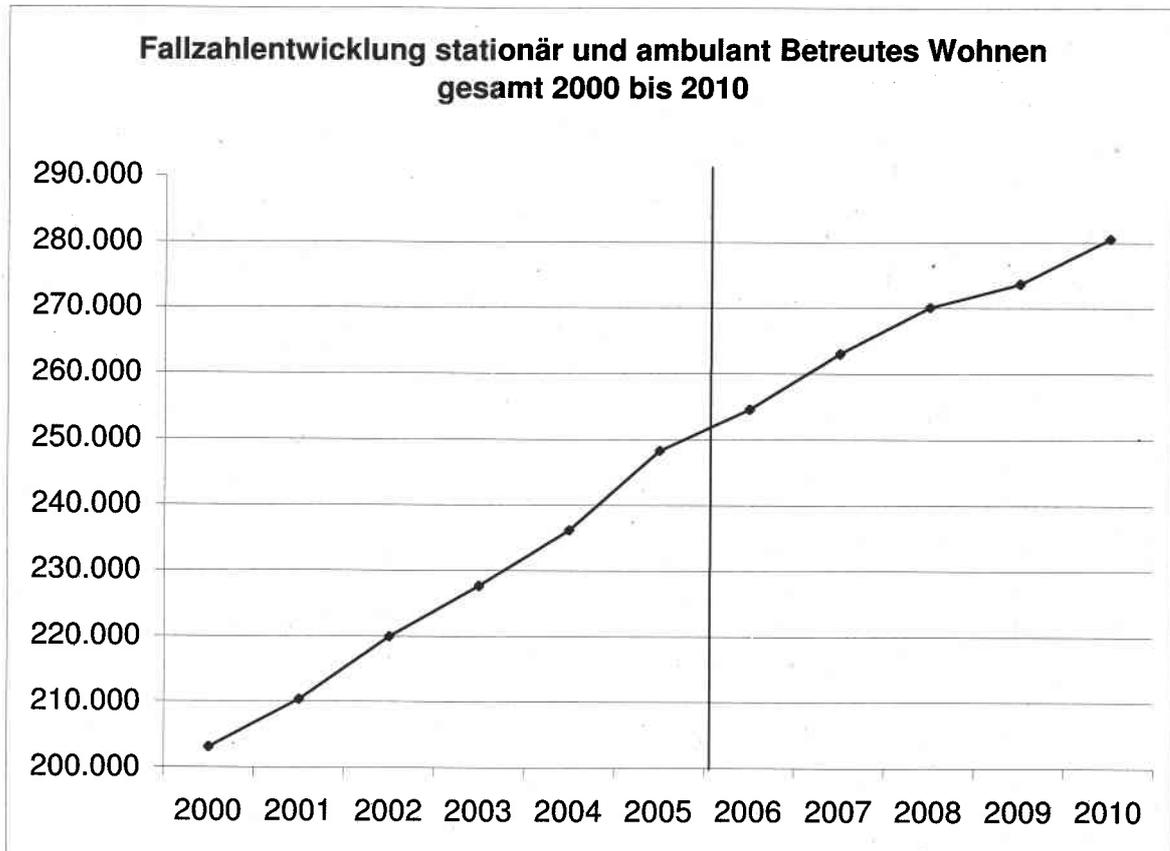
3. Gesamtbetrachtung der Fallzahlentwicklung im stationär und ambulant betreuten Wohnen

Die Entwicklung der Zahlen von 2000 bis 2010 stellt sich in einer Gesamtbetrachtung wie folgt dar:

	hochgerechnete Ist-Zahlen						hochgerechnete Prognosen				
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
stationär	164.700	169.200	179.000	184.100	186.700	191.100	191.600	194.600	196.500	197.500	199.800
ambulant	38.400	41.200	40.900	43.600	49.500	57.100	63.100	68.100	72.700	75.300	80.100
Summe	203.100	210.400	219.900	227.700	236.200	248.200	254.700	262.700	269.200	272.800	279.900
Steigerung		3,6 %	4,5 %	3,5 %	3,7 %	5,1 %	2,6 %	3,1 %	2,5 %	1,3 %	2,6 %

Tabelle 7

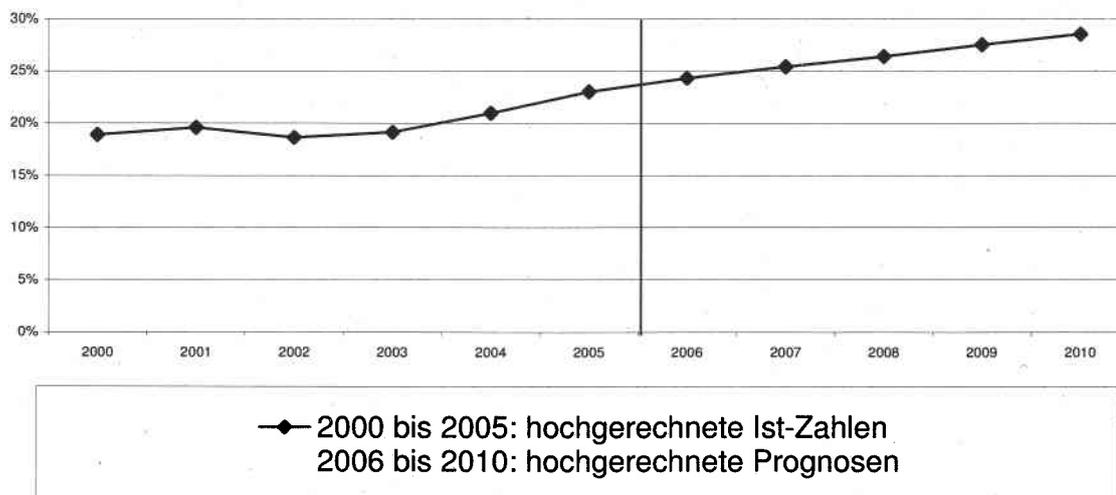
Die Tabelle sowie die nachfolgende Grafik zeigen deutlich, dass die Fallzahlen derjenigen behinderten Menschen, die auf eine Unterstützung und Betreuung im Wohnumfeld angewiesen sind, aus den hinlänglich bekannten Gründen kontinuierlich steigt, und zwar im Vergleichszeitraum um immerhin 37,8 % in 10 Jahren.



Grafik 6

Dabei nimmt der Anteil der Leistungsbezieher im ambulant Betreutes Wohnen an der Gesamtzahl ab dem Jahr 2004 kontinuierlich zu, nämlich von 18,9 % in den Jahren 2000 bis 2003 auf 28,6 % im Jahre 2010 (s. folgende Grafik).

Entwicklung des Prozentanteiles der Leistungsberechtigten im ambulant Betreuten Wohnen am Gesamtwohnen



Grafik 7

4. Fallzahlentwicklung in Werkstätten für behinderte Menschen

Erfasst werden konnten nur behinderte Menschen, die im Arbeitsbereich der Werkstätten beschäftigt sind und Leistungen des zuständigen Sozialhilfeträgers nach § 54 SGB XII in Verbindung mit § 41 Abs. 3 SGB IX beziehen.

Ein Abgleich mit den Ergebnissen des Benchmarkingberichtes der überörtlichen Träger der Sozialhilfe 2003/2004 ist nicht möglich, weil darin keine absoluten Zahlen dargestellt werden, sondern Leistungsempfängerdichten.

Ein Vergleich mit der im Auftrage des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung von der Firma con_sens erstellten Bestands- und Bedarfserhebung aus dem Jahre 2003 ist ebenso nicht möglich, weil in der Studie die Gesamtzahl der Werkstattbeschäftigten abgefragt wird (also Fallzahlen einschließlich im Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich sowie anderer Kostenträger im Arbeitsbereich).

Zu den Ist-Zahlen liegen für das Jahr 2000 Meldungen von 20 Mitgliedern, für die Jahre 2001 bis 2004 von 21 und für das Jahr 2005 von 22 Mitgliedern vor, Prognosen für die Jahre 2006 bis 2008 von 21 Mitgliedern sowie für 2009 und 2010 von 20 Mitgliedern.

Die hohe Beteiligung lässt wiederum eine Hochrechnung auf die Gesamtzahlen in der Bundesrepublik zu.

4.1 Entwicklung der Ist-Zahlen 2000 bis 2005

Die Entwicklung der Ist-Zahlen über einen Zeitraum von fünf Jahren stellt sich wie folgt dar.

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Zahl der Meldungen	20	21	21	21	21	22
Ist-Zahlen	155.212	168.124	174.669	179.930	185.913	205.593
Hochrechnung Deutschland	176.400	184.800	191.900	197.700	204.300	214.200
Steigerung zum Vorjahr		4,8 %	3,8 %	3,0 %	3,3 %	4,8 %

Tabelle 8

Daraus ergibt sich – hochgerechnet auf die Bundesrepublik Deutschland – eine Steigerung der Ist-Zahlen von 21,4 % in fünf Jahren.

4.2 Entwicklung der Prognosezahlen 2006 bis 2010

Einen weitgehend identischen Verlauf zeigen die Prognosezahlen für die Jahre 2006 bis 2010:

	2006	2007	2008	2009	2010
Zahl der Meldungen	21	21	21	20	20
Prognosezahlen	198.700	204.500	210.000	207.700	211.500
Hochrechnung Deutschland	218.300	224.800	230.700	241.500	245.900
Steigerung zum Vorjahr		3,0 %	2,6 %	4,7 %	1,8 %

Tabelle 9

Daraus ergibt sich – hochgerechnet auf die Bundesrepublik Deutschland – eine Steigerung der Prognosezahlen nur von 12,6 % in vier Jahren.

4.3 Gesamtbetrachtung 2000 bis 2010

Über den Gesamtzeitraum der Betrachtung ergibt dies eine Steigerung der Fallzahlen von 39,4 % in 10 Jahren.



Grafik 8

5. Fallzahlentwicklung in Tagesförderstätten/Tagesstätten

Es werden in diesem Kapitel nur Tagesstätten/Tagesförderstätten im Sinne des § 136 Abs. 3 SGB IX betrachtet, also für behinderte Menschen, die wegen Art und Schwere der Behinderung die Zugangsvoraussetzungen zur Werkstatt nicht oder noch nicht erfüllen.

5.1 Entwicklung der Ist-Zahlen 2000 bis 2005

Die Entwicklung der Ist-Zahlen über einen Zeitraum von fünf Jahren stellt sich wie folgt dar.

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Zahl der Meldungen	13	16	16	16	16	17
Ist-Zahlen	8.997	10.989	12.033	12.588	13.334	14.841
Hochrechnung Deutschland	11.800	13.300	14.600	15.300	16.200	16.400
Steigerung zum Vorjahr		12,7 %	9,8 %	4,8 %	5,9 %	1,2 %

Tabelle 10

Daraus ergibt sich – hochgerechnet auf die Bundesrepublik Deutschland – eine Steigerung der Ist-Zahlen von 39 %.

5.2 Entwicklung der Prognosezahlen 2006 bis 2010

Für die Jahre 2006 bis 2010 werden deutlich geringere Fallzahlsteigerungen erwartet, wofür keine konkreten Gründe genannt sind. Als Unsicherheitsfaktoren sind jedoch zu benennen:

- Entwicklung der Zahlen schwerstbehinderter Menschen, die die Werkstattkriterien nicht erfüllen, infolge medizinischen Fortschritts,
- Verdrängungswettbewerb in Werkstätten infolge erhöhten Aufnahmedrucks des Arbeitsmarktes und knapper werdender Werkstattplätze zu Lasten der schwerstbehinderten Menschen.

	2006	2007	2008	2009	2010
Zahl der Meldungen	19	19	19	18	18
Prognosezahlen	14.500	15.100	15.500	14.600	15.000
Hochrechnung Deutschland	17.300	18.000 ³	18.500	18.800	19.300
Steigerung zum Vorjahr		3,1 %	2,8 %	1,6 %	2,7 %

Tabelle 11

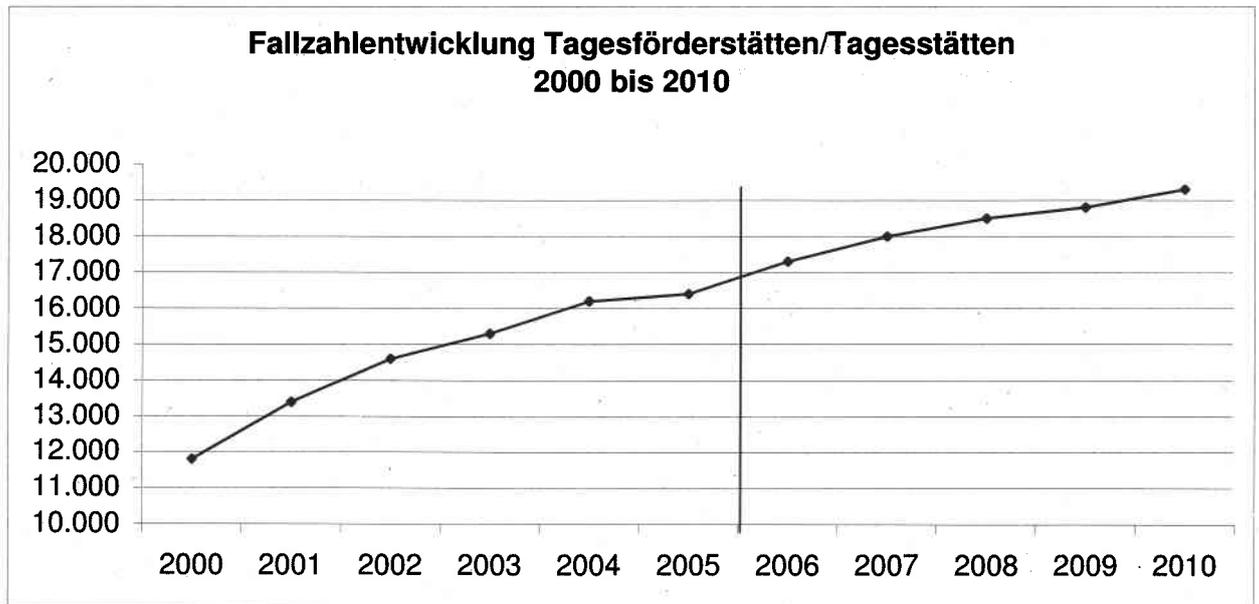
Daraus ergibt sich – hochgerechnet auf die Bundesrepublik Deutschland – eine Steigerung der Prognosezahlen nur von 11,6 % in vier Jahren.

5.3 Gesamtbetrachtung 2000 bis 2010

Über den Gesamtzeitraum der Betrachtung ergibt dies eine Steigerung der Fallzahlen von 55,1 % in 10 Jahren.

Ein Abgleich mit den Ergebnissen des Benchmarkingberichtes der überörtlichen Träger der Sozialhilfe 2003/2004 und dem Bericht der Firma con_sens aus dem Jahre 2003 ist, wie bereits unter Rn. 4.1 ausgeführt, nicht möglich.

Die Entwicklung zeigt die folgende Grafik.



Grafik 9

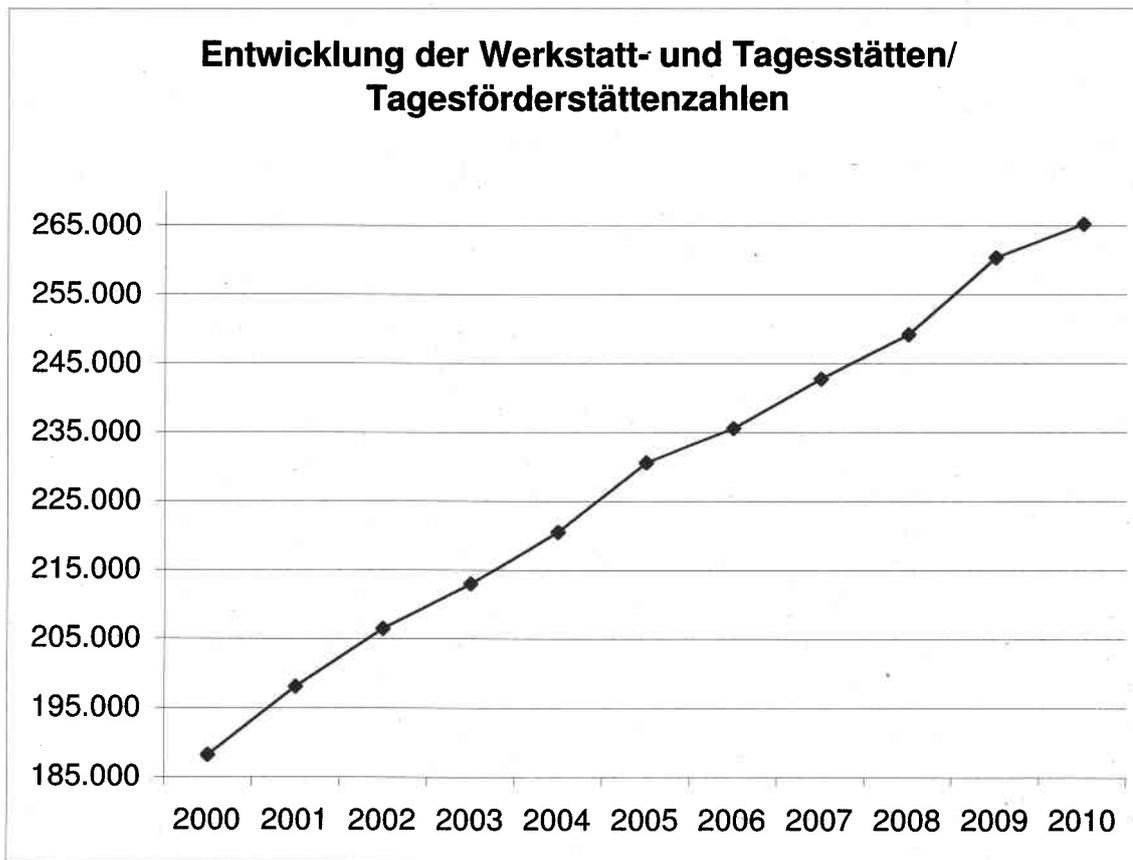
6. Gesamtbetrachtung der Entwicklung der Werkstatt- und Tagesstätten-/Tagesförderstättenzahlen

Die Entwicklung der Gesamtzahlen zeigt ein genaueres Bild, da die Zugangsvoraussetzungen zu Werkstätten nach § 136 Abs. 2 SGB IX unterschiedlich definiert und gehandhabt werden. So gibt es z. B. in NRW keine Tagesstätten, schwerstbehinderte Menschen sind dort in die Werkstatt integriert, während in anderen Bundesländern ein ausgebautes Netz von bis zu 10 % der Werkstattplätze besteht.

	hochgerechnete Ist-Zahlen						hochgerechnete Prognosen				
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Werkstätten	176.400	184.800	191.900	197.700	204.300	214.200	218.300	224.800	230.700	241.500	245.900
Tagesstätten Tagesförderstätten	11.800	13.300	14.600	15.300	16.200	16.400	17.300	18.000	18.500	18.800	19.300
Summe	188.200	198.100	206.500	213.000	220.500	230.600	235.600	242.800	249.200	260.300	265.200
Steigerung		5,3 %	4,2 %	3,1 %	3,5 %	4,6 %	2,2 %	3,1 %	2,6 %	4,5 %	1,9 %

Tabelle 11

Die Tabelle sowie die nachfolgende Grafik verdeutlichen die Entwicklung mit einer Steigerungsquote über den Gesamtzeitraum von 40,9 %.



Grafik 10

IV. Zusammenfassende Schlussfolgerungen

Aus der umfassenden Erhebung und den von einem großen Teil der Mitglieder der BAGÜS abgegebenen Prognosen bis zum Jahr 2010 lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen:

- Im **stationären Wohnen** ist es in einem ersten Schritt gelungen, die Fallzahlsteigerungen der Jahre 2000 bis 2004 auf eine nur noch **geringe Steigerungsrate zu begrenzen**.
- In der Einzelbetrachtung ergibt sich, dass eine Reihe von überörtlichen Trägern der Sozialhilfe durch verschiedene Steuerungsmaßnahmen – auch durch die einheitliche Zuständigkeit – die Fallzahlsteigerungen im stationären Wohnen abbremsen konnten und zum Teil von einer gleichbleibenden Anzahl der Leistungsempfänger ausgehen.
- Die Umsteuerung wäre bei bundesweiter Betrachtung noch effizienter gewesen, wenn in allen Ländern/bei allen Trägern der Sozialhilfe ausreichende Instrumente vorhanden gewesen oder vorhandene intensiver genutzt worden wären, umzusteuern. Das größte Hemmnis hierbei ist die bei diesen Mitgliedern nach wie vor vorliegende Aufteilung der Zuständigkeit.
- Einhergehend mit einem abflachenden Anstieg der Leistungsempfängerzahlen im stationären Wohnen sind die **Fallzahlen im ambulant betreuten Wohnen über-**

proportional gestiegen. Hier besteht auch zukünftig ausreichendes Ausbaupotenzial. Die Zahlen weisen darauf hin, dass aufgrund der nach wie vor zunehmenden Zahl behinderter Menschen eine Umsteuerung von stationären Wohnformen zu ambulanten Wohnformen stattgefunden hat und der zusätzliche Wohnraumbedarf in diesem Bereich abgedeckt werden könnte.

- Die Umsteuerung hin zu ambulanten Angeboten hat und wird, wie sich aus ersten Berechnungen verschiedener überörtlicher Träger bereits ergibt, auch zur Verringerung des Aufwandes je Einzelfall beitragen. Der Umfang wird erst deutlich, wenn ausreichendes Zahlenmaterial für einen Kostenvergleich ambulanter und stationärer Leistungen vorliegt. Schon jetzt wird aber deutlich, dass die Ambulantisierung ein Instrument ist, um die finanziellen Herausforderung der Zukunft auch nur einigermaßen bewältigen zu können. Weitere Instrumentarien und Maßnahmen – wie der Abbau von vollstationären Plätzen – erscheint (zwingend) notwendig.
- Durch die **Betrachtung** der Entwicklung der **Gesamtfallzahlen** für das **ambulant und stationär betreute Wohnen** wird deutlich, dass die Sozialhilfeträger durch eine gezielte Steuerung eine Umsteuerung von stationären zu ambulanten Hilfen bewirken können. Die Entwicklung der Gesamtfallzahlen ist aber unter den gegebenen Bedingungen nicht beeinflussbar. Dies würde erst durch gesetzgeberische Aktivitäten möglich, wenn der Gesetzgeber die Zugangsvoraussetzungen (Definition der wesentlichen Behinderung) verändern würde.
- **Dynamisch** sind nach wie vor die **Zugangszahlen** zu den teilstationären Angeboten zur Teilhabe am Arbeitsleben, nämlich den **Werkstätten** und **Tagesstätten/Tagesförderstätten**. Hier wird deutlich, dass den überörtlichen Trägern der Sozialhilfe keine ausreichenden Steuerungsinstrumente zur Zugangssteuerung zur Verfügung stehen. Besonders **auffällig** sind die **hohen Zugangszahlen** im Bereich der **Tagesstätten/Tagesförderstätten**. Ob dies mit der zunehmenden Anzahl schwerstbehinderter Menschen, die die Werkstattkriterien nicht erfüllen, zusammenhängt oder aber Folge eines Abstiegsprozesses schwerbehinderter Menschen zum Übergang in den Förderbereich (Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung) ist, müsste gesondert untersucht werden.
- Die Entwicklung der **Zugangszahlen zur Werkstatt** zeigt eindeutig den **Handlungsbedarf**, soll dieser Bereich auf Dauer insgesamt finanzierbar bleiben. Insbesondere ist jetzt vorrangig zu prüfen, ob die Zahl der Leistungsempfänger der Werkstätten deshalb zunehmen, weil dieser Personenkreis aus dem ersten Arbeitsmarkt herausgedrängt wird, geeignete vorrangige Leistungen der beruflichen Rehabilitation nicht oder nicht mehr angeboten werden oder der Personenkreis der psychisch behinderten Menschen überproportional angestiegen ist. Erkenntnisse hierzu werden von der verabredeten bundesweiten Untersuchung im Auftrag des BMAS erwartet.